

## Wahlprüfstein 1: Planen Sie die Einführung von Mitwirkungs- und Klagerechten für Tierschutzorganisationen?

CSU	Grüne	FDP	Linke
<p>Tierschutzorganisationen haben bereits vielfältige Mitwirkungsmöglichkeiten und können sich in tierschutzrelevanten Fragestellungen einbringen.</p> <p>Ein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen lehnen wir ab, weil damit keine wirklichen Verbesserungen des Tierwohls, aber eine drohende Belastung der Gerichte und Verzögerungen von Genehmigungsverfahren verbunden wäre.</p>	<p>Ja, wir wollen ein Verbandsklagerecht im Tierschutz einführen.</p>	<p>Nein. Für die Gestaltung und Durchsetzung des Tierschutzrechts ist laut Artikel 20a des Grundgesetzes der Staat verantwortlich. Ein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen liefe indessen auf eine Teilprivatisierung des Staatsziels Tierschutz hinaus, würde die Veterinärverwaltung erheblich zusätzlich beanspruchen und ist daher abzulehnen. Stattdessen setzen wir auf eine starke, gut ausgestattete und handlungsfähige Veterinärverwaltung in den Ländern.</p>	<p>Wir setzen uns seit vielen Jahren für ein Verbandsklagerecht ein und planen eine echte Beteiligung der Verbände an Entscheidungsprozessen. Im Juli dieses Jahres haben wir gerade einen Antrag einreicht, der ein Ende der Tierversuche und auch ein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen vorsieht. Weiterhin sollte der Tierschutzbeirat ausschließlich mit Tierschutzorganisationen besetzt sein und dessen Beschlüsse auch Gehör finden.</p>

## 2. Welche Maßnahmen verfolgen Sie, um die eklatanten Defizite bei Gesetzgebung, Kontrollen und bei der Strafverfolgung von Tierschutzvergehen abzustellen?

CSU	Grüne	FDP	Linke
<p>„Eklatanten Defizite bei Gesetzgebung, Kontrollen und bei der Strafverfolgung“ sind uns nicht bekannt. Wir haben in Deutschland eines der strengsten Tierschutzgesetze der Welt. Unsere Strafverfolgungsbehörden in Polizei und Justiz, aber auch in den kommunalen Ordnungsämtern arbeiten täglich mit Hochdruck für unser aller Sicherheit. Die ganz überwiegende Mehrheit der Tierhalter in Hessen geht sehr gut mit ihren Tieren um. Unsere Landwirte arbeiten nach höchsten Standards. Sie werden regelmäßig kontrolliert und zertifiziert. Wir wollen Kontrollen bündeln und den Informationsaustausch stärken, statt immer mehr parallele Kontrollen einzuführen.</p>	<p>Da die Zuständigkeiten für Veterinärkontrollen in Hessen aufgrund der Kommunalisierung bei den Behörden auf Kreis-, Stadt- und Gemeindeebene liegen, hat das Land nur geringe Eingriffsmöglichkeiten. Um die kommunalen Veterinärbehörden bei den Herausforderungen im Bereich Tierschutz zu unterstützen, sind wir dabei, den aufgebauten Expertenpool in einer „Task Force Tierschutz“ als Berater und Schlichter weiter zu stärken. Bei der Vielfalt der verschiedenen Aufgaben im Tierschutz braucht es heute Spezialwissen- die Taskforce unterstützt die Veterinärämter mit diesem breit gefächertem Spezialwissen unter anderem auch bei der Vorbereitung von Gerichtsverfahren oder bei der Koordination von Tiertransportkontrollen. Außerdem wollen wir die kommunalen Veterinärämter für die Kontrolle von Tiertransporten und Schlachtstätten besser ausstatten.</p>	<p>Aus Sicht der Freien Demokraten müssen die Kontroll- und Strafverfolgungsbehörden personell und materiell so ausgestattet werden, dass sie ihren Aufgaben entsprechend nachkommen können. Dieses ist dringend notwendig, um geltendes Recht durchzusetzen. Geplante Änderungen des geltenden Rechts zur Verbesserung des Tierschutzes auf Bundesebene, zum Beispiel die Konkretisierung der Qualzucht oder die Reduzierung nicht-kurativer Eingriffe, unterstützen wir.</p>	<p>Wir sind eine starke Stimme für die Tiere im Parlament. Wir kämpfen auch aus der Opposition heraus an der Seite der Tierschutzorganisationen für ein strengeres Tierschutzgesetz im Bund, mehr Amtsveterinäre, die den politischen Rückhalt auch innerhalb ihrer Behörden bekommen müssen und eine konsequente Strafverfolgung, die auch gegen die Interessen der Tiernutzer wie große Konzerne eine klare Kante zeigt. Hier braucht es eine personell viel besser ausgestattete und sensibilisierte Staatsanwaltschaft. Ein Verbandsklagerecht wäre flankierend notwendig.</p>

### Wahlprüfstein 3: Welche Verbesserungen bei Haltung, Transport und Schlachtung von sogenannten Nutztieren verfolgen Sie, z.B. ganzjähriges Verbot der Anbindehaltung von Kühen?

CSU	Grüne	FDP	Linke
<p>Unsere hessischen bäuerlichen Betriebe stehen für eine gute und artgerechte Tierhaltung. Der Runde Tisch zur Steigerung des Tierschutzes in der Nutztierhaltung hat erfolgreich gearbeitet und viele Verbesserungen gebracht. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen und damit weiterhin gemeinsam mit den Landwirten und Verbänden für Verbesserungen für die in Hessen gehaltenen Nutztiere sorgen, ohne durch hessische Sonderwege die Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Tierhalter zu gefährden.</p> <p>Durch die Umsetzung des Borchert-Plans und ein Umbauprogramm für eine noch tierwohlgerechtere Haltung werden wir die Nutztierhaltung in Hessen noch tierwohlgerechter gestalten. Zur Vermeidung unnötiger Tiertransporte hat Hessen unter anderem als Vorreiter unter den Ländern sehr lange Tiertransporte ins nicht-europäische Ausland untersagt. Auch ist Hessen mit mehreren Projekten bundesweiter Vorreiter bei der vollmobilen und teilmobilen Schlachtung. Dank der Förderung der CDU-geführten Landesregierung sind bereits vier vollmobile Schlachthanlagen für Geflügel in Hessen im Einsatz. Auch wurden 15 teilmobile Schlachteinheiten für Rinder zugelassen, die zum Teil von mehreren Landwirten gemeinsam genutzt werden. Darüber hinaus setzt sich Hessen</p>	<p>Fragen 3-5 gemeinsam beantwortet:</p> <p>Wir wollen eine artgerechte Tierhaltung in der Landwirtschaft und damit die Tiergesundheit und Lebensqualität verbessern. Um das Leid von Tieren in industrieller Haltung zu beenden, fordern wir eine deutliche Verbesserung der Tierwohlstandards und die konsequente Bindung an die Fläche. Dafür wollen wir den eingeschlagenen Weg fortführen und die Förderung einer nachhaltigen und am Tierwohl orientierten Landwirtschaft ausbauen – egal ob Biobetrieb oder konventioneller Betrieb. Deshalb gilt speziell bei der Investitionsförderung für uns, dass sich die Haltungsform den Nutztieren anpassen muss und nicht umgekehrt. Wichtig ist uns etwa der Ausstieg aus der ganzjährigen Anbindehaltung bei Rindern, denn sie ist nicht tiergerecht. Daher unterstützen wir den Ausstieg bereits mit Beratung, finanzieller Förderung und Informationen. Ein wichtiges Ziel ist es ebenfalls, lange Lebendtiertransporte möglichst überflüssig zu machen und Fahrtstrecken in der Dauer deutlich zu begrenzen. Dazu gehört auch der Erhalt regionaler Schlachtstätten und die weitere Förderung von mobiler und teilmobiler</p>	<p>Um lange Transportwege zu vermeiden muss das Land darauf hinwirken, dass der fortschreitende Verlust dezentraler Schlachtkapazitäten gestoppt wird. Wir wollen deswegen dezentrale und auch mobile Schlachtmöglichkeiten landesseitig besser fördern. Hinsichtlich der Nutztiertransporte unterstützen wir das Ziel der Ampel-Koalition Lebendtiertransporte in Drittstaaten künftig nur dann zu erlauben, wenn sie auf Routen mit nachgewiesenen tierschutzgerechten Versorgungseinrichtungen stattfinden. Wir setzen uns auch auf EU-Ebene für bessere Regelungen für Tiertransporte und einen Ausbau des Datenbanksystems TRACES ein.</p>	<p>Die Haltung muss an die Bedürfnisse der Tiere angepasst werden, nicht umgekehrt. Haltungsformen, die tierschutzwidrig sind, müssen beendet werden. Dazu gehört auch die Anbindehaltung - aber auch die industrielle Massentierhaltung. Wir wollen bäuerliche, regionale Produktion fördern. Den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung wollen wir auf kranke Tiere beschränken und nur nach tierärztlicher Verschreibung erlauben. Lebendtiertransporte sind soweit wie möglich zu vermeiden und dürfen nicht länger als vier Stunden dauern. Wie Schlachtungen möglichst schonend sein können, wollen wir prüfen und entsprechend die Vorschriften verschärfen.</p>

<p>beim Bund für erweiterte Möglichkeiten zur Nutzung der besonders schonenden Form des Kugelschusses für Weidetiere ein.</p> <p>Wir als CDU Hessen setzen uns seit vielen Jahren für ein Verbot der ganzjährigen Anbindehaltung auf Bundesebene ein. Dies haben wir unter anderem durch eine Bundesratsentschließung deutlich gemacht. Dabei muss eine angemessene Übergangsfrist für die von einem Verbot betroffenen Landwirtinnen und Landwirte berücksichtigt werden. Auch die aktuelle Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag ein Verbot der ganzjährigen Anbindehaltung angekündigt. Wir erwarten, dass die Ampel-Regierung dieser Ankündigung auch Taten folgen lässt. Dazu gehört aber untrennbar, den entsprechenden Tierhaltungsbetrieben eine realistische Zukunftsperspektive zu eröffnen.</p> <p>Wir in Hessen haben gehandelt, obwohl der Bund weiter untätig ist. Die durch den Runden Tisch Tierwohl entwickelte, bundesweit einzigartige Broschüre „Entwicklung von praktischen Konzepten für den Ausstieg aus der Anbindehaltung“ beinhaltet verschiedene Planungsbeispiele für Stallumbaukonzepte hin zu mehr Tierwohl und dient umbauwilligen Betrieben als eine praxisnahe Anleitung. Die Beratung der Tierhalterinnen und Tierhalter durch den Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen (LLH) stellt zudem ein wichtiges Instrument zum Ausstieg aus der Anbindehaltung dar. Die CDU-geführte Landesregierung unterstützt deswegen beispielsweise</p>	<p>Schlachtung in Hessen. In der Vergangenheit konnten wir in diesem Bereich schon Pionierarbeit leisten, sodass zum Beispiel ein hessischer Betrieb die bundesweit erste EU-Zulassung für eine mobile Geflügelschlachthanlage erhalten hat. Mit der Förderung des EIP-Agri Projektes Extrawurst in Hessen, wurde eine Grundlage für die Änderung der EU-Hygieneverordnung geschaffen, die jetzt auch das teilmobile Schlachten ermöglicht. Zudem setzen wir uns für ein rechtssicheres nationales Verbot von Lebertransporten in Drittländer außerhalb der EU und für Zielvorgaben bei den Tiertransportkontrollen durch die Landkreise ein. 2019 haben wir in Hessen bereits den Transport von landwirtschaftlichen Nutztieren zur Schlachtung in 17 Drittstaaten grundsätzlich verboten.</p>		
---	---	--	--

Investitionsvorhaben im Rahmen des Einzelbetrieblichen Förderprogramms Landwirtschaft (EFP), die unter anderem auf die Umstellung noch bestehender Anbindehaltungen gerichtet sind. Im Zeitraum von 2018 bis 2022 wurden im Rahmen des Einzelbetrieblichen Förderungsprogramms Landwirtschaft (EFP) mit diesem Bezug insgesamt 22 Stallbauvorhaben mit rund 15 Mio. Euro gefördert.

## Wahlprüfstein 4: Verfolgt Ihre Partei die Abstockung der „Nutztierbestände“? Falls ja, mit welchen Maßnahmen?

CSU	Grüne	FDP	Linke
<p>Fragen 4 und 5 gemeinsam beantwortet:</p> <p>Nein. Wir brauchen mehr Tierhaltung in Hessen. Hier werden Nutztiere unter den strengen deutschen tierschutzrechtlichen Vorgaben gehalten. Damit nicht immer mehr Fleisch aus Ländern importiert werden muss, bei denen weniger strenge Regeln zum Schutz der Tiere gelten, ist eine regionale Produktion in hessischen Betrieben auf Grund der guten Ausbildung unserer Landwirte, moderner Haltungsformen, höchster gesetzlicher Standards und zur Vermeidung langer Tiertransportwege aus Tierschutzgesichtspunkten vorzugswürdig. Anreize zur Reduzierung der Tierbestände wären daher auch aus Sicht des Tierschutzes kontraproduktiv. Wir sollten die Modernisierung unserer Betriebe unterstützen, statt für den Ausstieg aus der Tierhaltung zu bezahlen.</p>	<p>Fragen 3-5 gemeinsam beantwortet:</p> <p>Wir wollen eine artgerechte Tierhaltung in der Landwirtschaft und damit die Tiergesundheit und Lebensqualität verbessern. Um das Leid von Tieren in industrieller Haltung zu beenden, fordern wir eine deutliche Verbesserung der Tierwohlstandards und die konsequente Bindung an die Fläche. Dafür wollen wir den eingeschlagenen Weg fortführen und die Förderung einer nachhaltigen und am Tierwohl orientierten Landwirtschaft ausbauen – egal ob Biobetrieb oder konventioneller Betrieb. Deshalb gilt speziell bei der Investitionsförderung für uns, dass sich die Haltungsform den Nutztieren anpassen muss und nicht umgekehrt. Wichtig ist uns etwa der Ausstieg aus der ganzjährigen Anbindehaltung bei Rindern, denn sie ist nicht tiergerecht. Daher unterstützen wir den Ausstieg bereits mit Beratung, finanzieller Förderung und Informationen. Ein wichtiges Ziel ist es ebenfalls, lange Lebendtiertransporte möglichst überflüssig zu machen und Fahrtstrecken in der Dauer deutlich zu begrenzen. Dazu gehört auch der Erhalt regionaler Schlachtstätten und die weitere Förderung von mobiler und teilmobiler Schlachtung in Hessen. In der Vergangenheit konnten wir in diesem Bereich schon Pionierarbeit leisten,</p>	<p>Fragen 4 und 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:</p> <p>Nein. Landwirtinnen und Landwirte in Hessen und in Deutschland produzieren qualitativ hochwertige Lebensmittel zu den weltweit höchsten Standards. Den Trend des Höfesterbens und den drastischen Rückgang der Tierhaltungszahlen in den vergangenen Jahren in Hessen betrachten wir mit größter Sorge. Wenn die inländische Nachfrage nach tierischen Produkten nicht mehr durch heimische Landwirte befriedigt werden kann, werden diese folglich aus Ländern importiert, die zu weitaus schlechteren Standards produzieren. Wir wollen deshalb Landwirtschaft in Hessen inklusive der tierhaltenden Betriebe sowie der Schlacht- und Verarbeitungsbetriebe erhalten. Dazu werden wir geeignete Maßnahmen ergreifen.</p>	<p>Die Anzahl der Nutztiere darf die Menge des zur Verfügung stehenden Futters nicht übersteigen. Die Futtermittelproduktion darf hierbei nicht in Konkurrenz zum Nahrungsmittelanbau stehen, sondern muss diesen ergänzen. Im Ergebnis wird es mit uns keine Massentierhaltungen mehr geben.</p>

	<p>sodass zum Beispiel ein hessischer Betrieb die bundesweit erste EU-Zulassung für eine mobile Geflügelschlachthanlage erhalten hat. Mit der Förderung des EIP-Agri Projektes Extrawurst in Hessen, wurde eine Grundlage für die Änderung der EU-Hygieneverordnung geschaffen, die jetzt auch das teilmobile Schlachten ermöglicht. Zudem setzen wir uns für ein rechtssicheres nationales Verbot von Lebetiertransporten in Drittländer außerhalb der EU und für Zielvorgaben bei den Tiertransportkontrollen durch die Landkreise ein. 2019 haben wir in Hessen bereits den Transport von landwirtschaftlichen Nutztieren zur Schlachtung in 17 Drittstaaten grundsätzlich verboten.</p>		
--	---	--	--

## Wahlprüfstein 5: Planen Sie, Landwirt:innen zu unterstützen, die aus der Tierhaltung aussteigen wollen?

CSU	Grüne	FDP	Linke
<p>Fragen 4 und 5 gemeinsam beantwortet:</p> <p>Nein.</p> <p>Wir brauchen mehr Tierhaltung in Hessen. Hier werden Nutztiere unter den strengen deutschen tierschutzrechtlichen Vorgaben gehalten. Damit nicht immer mehr Fleisch aus Ländern importiert werden muss, bei denen weniger strenge Regeln zum Schutz der Tiere gelten, ist eine regionale Produktion in hessischen Betrieben auf Grund der guten Ausbildung unserer Landwirte, moderner Haltungsformen, höchster gesetzlicher Standards und zur Vermeidung langer Tiertransportwege aus Tierschutzgesichtspunkten vorzugswürdig. Anreize zur Reduzierung der Tierbestände wären daher auch aus Sicht des Tierschutzes kontraproduktiv.</p> <p>Wir sollten die Modernisierung unserer Betriebe unterstützen, statt für den Ausstieg aus der Tierhaltung zu bezahlen.</p>	<p>Fragen 3-5 gemeinsam beantwortet:</p> <p>Wir wollen eine artgerechte Tierhaltung in der Landwirtschaft und damit die Tiergesundheit und Lebensqualität verbessern. Um das Leid von Tieren in industrieller Haltung zu beenden, fordern wir eine deutliche Verbesserung der Tierwohlstandards und die konsequente Bindung an die Fläche. Dafür wollen wir den eingeschlagenen Weg fortführen und die Förderung einer nachhaltigen und am Tierwohl orientierten Landwirtschaft ausbauen – egal ob Biobetrieb oder konventioneller Betrieb. Deshalb gilt speziell bei der Investitionsförderung für uns, dass sich die Haltungsform den Nutztieren anpassen muss und nicht umgekehrt. Wichtig ist uns etwa der Ausstieg aus der ganzjährigen Anbindehaltung bei Rindern, denn sie ist nicht tiergerecht. Daher unterstützen wir den Ausstieg bereits mit Beratung, finanzieller Förderung und Informationen. Ein wichtiges Ziel ist es ebenfalls, lange Lebetiertransporte möglichst überflüssig zu machen und Fahrtstrecken in der Dauer deutlich zu begrenzen. Dazu gehört auch der Erhalt regionaler Schlachtstätten und die weitere Förderung von mobiler und teilmobiler Schlachtung in Hessen. In der Vergangenheit konnten wir in diesem Bereich schon Pionierarbeit leisten,</p>	<p>Fragen 4 und 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:</p> <p>Nein. Landwirtinnen und Landwirte in Hessen und in Deutschland produzieren qualitativ hochwertige Lebensmittel zu den weltweit höchsten Standards. Den Trend des Höfesterbens und den drastischen Rückgang der Tierhaltungszahlen in den vergangenen Jahren in Hessen betrachten wir mit größter Sorge.</p> <p>Wenn die inländische Nachfrage nach tierischen Produkten nicht mehr durch heimische Landwirte befriedigt werden kann, werden diese folglich aus Ländern importiert, die zu weitaus schlechteren Standards produzieren. Wir wollen deshalb Landwirtschaft in Hessen inklusive der tierhaltenden Betriebe sowie der Schlacht- und Verarbeitungsbetriebe erhalten. Dazu werden wir geeignete Maßnahmen ergreifen.</p>	<p>Ja.</p>



	<p>sodass zum Beispiel ein hessischer Betrieb die bundesweit erste EU-Zulassung für eine mobile Geflügelschlachthanlage erhalten hat. Mit der Förderung des EIP-Agri Projektes Extrawurst in Hessen, wurde eine Grundlage für die Änderung der EU-Hygieneverordnung geschaffen, die jetzt auch das teilmobile Schlachten ermöglicht. Zudem setzen wir uns für ein rechtssicheres nationales Verbot von Lebertransporten in Drittländer außerhalb der EU und für Zielvorgaben bei den Tiertransportkontrollen durch die Landkreise ein. 2019 haben wir in Hessen bereits den Transport von landwirtschaftlichen Nutztieren zur Schlachtung in 17 Drittstaaten grundsätzlich verboten.</p>		
--	--	--	--

## Wahlprüfstein 6: Verfolgen Sie eine Strategie, um den Konsum tierischer Produkte zu reduzieren bzw. den pflanzlicher Nahrungsmittel zu steigern?

CSU	Grüne	FDP	Linke
<p>Nein. Die CDU Hessen verfolgt keine Strategie, um Menschen das richtige Essen vorzuschreiben. Jeder Mensch soll essen, was er möchte.</p> <p>Wir wollen für mehr Wertschätzung von Lebensmitteln werben – egal ob pflanzlich oder tierisch. Menschen, Produkte und Geschichten stehen hinter der Vielfalt der hessischen Lebensmittel und Spezialitäten. Wir möchten, dass die Verbraucher beim Einkauf gezielt zu Produkten aus dem Land greifen, weil sie damit mehr kaufen als einen Apfel oder ein Stück Fleisch.</p> <p>Dazu starten wir eine Kampagne „Natürlich von hier“. In der Verpflegung in Kitas, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen wie landeseigenen Kantinen wollen wir mehr regionale Produkte einsetzen.</p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass die persönliche Entscheidung für eine vegetarische und vegane Ernährung möglich ist und mehr Ernährungsvielfalt in öffentlichen Einrichtungen auf die Speisekarte kommt. Ziel ist es, eine gesunde und ausgewogene Ernährung in allen hessischen Bildungseinrichtungen sicherzustellen. Vegetarische und vegane Alternativen sollen das Angebot in Schulen und Kindergärten ergänzen und so eine adäquate Versorgung aller Kinder in Hessen gewährleisten.</p> <p>Wir wollen deshalb die Ernährungsstrategie weiter umsetzen, die Ernährungsbildung stärken, ein Bewusstsein für Möglichkeiten einer nachhaltigeren Ernährung schaffen und die Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen von nachhaltigen, regionalen und ökologischen Lebensmitteln verbessern.</p> <p>Das Netzwerk 100-Klimakantinen, mit dem wir Kantinen und Großküchen in Hessen auf ihrem Weg zu mehr Nachhaltigkeit in der Außer-Haus-Verpflegung unterstützen, läuft bereits sehr erfolgreich, sodass gegenwärtig hessenweit schon 50.000 Gäste wöchentlich davon profitieren.</p>	<p>Wir setzen auf Bildung, Information und Aufklärung und gehen davon aus, dass mündige Bürger die Folgen ihres Konsumverhaltens einschätzen und abwägen können. Über Bildungs- und Aufklärungsangebote hinausgehende Maßnahmen lehnen wir ab.</p>	<p>Wir setzen uns durch Aufklärung und Sensibilisierung dafür ein, dass sich die öffentliche Überzeugung wandeln wird. Hin zu einem geringeren Fleischkonsum – für die Tiere, fürs Klima und für die Gesundheit.</p>

**Wahlprüfstein 7: Welche Maßnahmen planen Sie, um Tierversuche zu reduzieren, die tierversuchsfreie Forschung zu fördern und um den perspektivischen Ausstieg einzuleiten? Sind z.B. Regelungen zur Reduzierung des Einsatzes von Tieren im Studium vorgesehen?**

CSU	Grüne	FDP	Linke
<p>Zur Reduzierung von Tierversuchen setzen wir weiterhin auf die konsequente Umsetzung des „3R-Prinzips“ – also auf die Vermeidung, Verringerung und Verbesserung von Tierversuchen. Die in Hessen hierzu eingerichteten Hochschullehrstühle haben dabei eine besondere Bedeutung. Die dort erarbeiteten Vorschläge werden wir konsequent vorantreiben. Wir gehen davon aus, dass auf diesem Weg langfristig in der Lehre keine Tierversuche mehr erforderlich sein werden. Bis eine vollständige Vermeidung möglich ist, halten wir am Grundsatz der Genehmigungspflicht unter Berücksichtigung des 3R-Prinzips fest. Durch die Beteiligung der Tierschutzkommissionen am Genehmigungsverfahren ist sichergestellt, dass jeder Antrag auf die Durchführung von Tierversuchen mit großem wissenschaftlichem Sachverstand daraufhin geprüft wird, ob der konkrete Versuch zwingend erforderlich ist.</p>	<p>Wir wollen Tierversuche konsequent reduzieren und schnellstmöglich überflüssig machen. Studierende haben in Hessen die Möglichkeit sich auf begründeten Antrag von Lehrveranstaltungen mit Tierversuchen befreien zu lassen. In der Forschung sollen Landesmittel gezielt für tierversuchsfreie Verfahren zur Verfügung gestellt werden. Erkenntnisse der durch das Land geförderten 3R-Professuren (Prinzip Refinement, Reduction, Replacement) müssen weiter unterstützt und in die Lehre integriert werden.</p>	<p>Stand jetzt kann in vielen Bereichen noch nicht auf Tierversuche verzichtet werden. Bereits jetzt sind die Anforderungen sehr hoch. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Anforderungen strenger kontrolliert werden, um das Leid der Tiere so gering zu halten wie möglich. Um perspektivisch komplett aus Tierversuchen auszusteigen wollen wir die Alternativen zu Tierversuchen stärken und dafür entsprechende Forschungsmittel zur Verfügung stellen. Die kommende Landesregierung muss darüber hinaus eine eigene Strategie zum Ausstieg aus Tierversuchen vorlegen.</p>	<p>Tierversuche lehnen wir ab. Kurzfristig muss der Einsatz strikt reduziert werden, nicht nur im Studium. Wo es keinen wissenschaftlichen Nachweis für einen wirklichen Nutzen gibt, darf der Versuch nicht durchgeführt werden. Wir wollen, dass langfristig konsequent nur Alternativen gefördert werden und die Rechtslage entsprechend angepasst wird.</p>

**Wahlprüfstein 8: Wird Ihre Partei das tierschutzgerechte Stadttaubenkonzept nach dem Augsburger Modell für Kommunen empfehlen und auch fördern (wie z.B. in Niedersachsen und Berlin)?**

CSU	Grüne	FDP	Linke
<p>Wir anerkennen, dass in vielen größeren Städten Hessens engagierte ehrenamtliche Leistungen von Stadttaubenprojekten oder ähnlichen Vereinen erbracht werden. Der Umgang mit Stadttauben liegt allerdings in kommunaler Verantwortung.</p>	<p>Die Stadt Augsburg praktiziert ihr Modell flächendeckend und mit viel Erfolg, sodass es von anderen Städten und Tierschutzinitiativen bereits sukzessive übernommen wird. Ob das für hessische Kommunen auch sinnvoll ist, müssen diese im Rahmen ihrer Zuständigkeit vor dem Hintergrund der konkreten örtlichen Gegebenheiten selbst entscheiden.</p>	<p>Das Augsburger Stadttaubenkonzept ist ein tierschutzgerechtes Konzept zur Regulierung und Reduzierung der Stadttauben zum Wohle von Mensch und Tier. Wir Freie Demokraten halten es für sehr sinnvoll, Kommunen über die Probleme mit großen Stadttaubenpopulationen zu informieren, Beratungsangebote zu stärken und - sofern notwendig - auch eine Landesförderung in Betracht zu ziehen.</p>	<p>Ja.</p>